

Wahlzeitung

DIE LINKE.

LANDTAGSWAHL 2021 · LANDKREIS HARZ · DIE LINKE - SACHSEN - ANHALT . DE



Fahr ab auf dein Kaff

Der Verkehr mit Verbrennungsmotoren ist eine Hauptursache für den Anstieg von CO₂ in der Atmosphäre. Klimakrise, Flächenverbrauch und Staus – das Auto mit Verbrennungsmotor ist ein Auslaufmodell. Selbst E-Autos als Brückentechnologie gelten inzwischen schon als überholt. Mobilität gehört jedoch zu unserem Leben und deswegen müssen Konzepte her, die Mobilität umweltverträglich und bezahlbar machen.

Außerhalb der größeren Städte ist die Situation derzeit besonders beklagenswert. Viele Harzer Ortschaften sind vom ÖPNV so gut wie abgeschnitten. Um aber für die Verkehrswende einen reduzierten Individualverkehr zu erreichen, brauchen wir einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr, an den jede Gemeinde angeschlossen sein muss und der flächendeckend barrierefreie Mobilitätsangebote garantiert. Denn guter Nahverkehr ist Daseinsfürsorge.

Ein erster Schritt in diese Richtung wurde bereits mit dem Azubi-Ticket gemacht. Seit dem 1. Januar 2021 können Auszubildende in dualer oder schulischer Ausbildung für 50 Euro im Monat quer durch Sachsen-Anhalt fahren. Dass hier jedoch Menschen im Freiwilligendienst ausgeschlossen werden, ist nicht akzeptabel. Gestalten wir einen Nahverkehr der Zukunft: überall gut erreichbar, kostenlos und schnell. Durch eine bessere Anbindung der kleinen Harzer Ortschaften verteilt sich nicht nur der touristische Druck, sondern es werden auch Arbeitsplätze abseits der großen Städte gesichert.

Nahverkehr zum Nulltarif? Ja, das geht über Steuern und eine nach Einkommen und Vermögen gestaffelte Haushaltsabgabe. Deswegen fordern wir, dass der Nahverkehr mittelfristig kostenfrei nutzbar sein muss, besonders für Auszubildende, Bundesfreiwilligendienstleistende, Senior:innen und Geringverdienende.



Solidarität und Verantwortung

Eva von Angern gehört zu denen, die ihrer ostdeutschen Heimat auch in schwierigsten Zeiten nicht den Rücken gekehrt haben. Politisch positioniert hat sich die Rechtsanwältin für die Linken in den 1990er Jahren, in denen wir jeden Tag im Kreuzfeuer der Kritik standen. Eines zeichnet die dreifache Mama besonders aus: Sie ist eine, die sich Herausforderungen mutig stellt und einen starken Willen zum Gestalten hat – allen Widerständen zum Trotz. Eva engagiert sich auch für die, die oft ihre Rechte und Anliegen nicht selbst vertreten können – für die Kinder und die Alten. Ihnen gehört ihr Herz. *Dietmar Bartsch*

Tourismus ist mehr als nur ein Wirtschaftsfaktor

und dient damit auch der Lebensqualität vor Ort, denn verbunden damit ist das Schaffen von Arbeitsplätzen, und auch die Weiterentwicklung der örtlichen Infrastruktur kommt den hier Lebenden zugute. Vor allem die touristische Erschließung im Ostharz förderte diese Entwicklung. Trotz sichtbarer Folgen des Klimawandels wie z. B. die Borkenkäferplage in den Wäldern und das Fehlen schneereicher Winter stiegen die Urlauberzahlen in den vergangenen Jahren kontinuierlich an. DIE LINKE setzt sich für die Weiterentwicklung des Kulturtourismus ein und verfolgt die Strategie des sanften und nachhaltigen Tourismus im Harz als Antwort auf die jahrzehntelange Entwicklung im Westharz und die dort begangenen Fehlentwicklungen in der Natur. Dort gemachte Fehler müssen nicht wiederholt werden.

Es muss gelingen, den Harz als Ganzes weiterzuentwickeln und zu vermarkten. Touristische Anziehungspunkte wie der Brocken, die Welterbe-Stadt Quedlinburg, die Domstadt Halberstadt, das Selketal, Wernigerode, aber auch das Bodetal sowie Wander- und Radwege sprechen für unsere Region.

Augenhöhe und Vertrauen

LANDTAGSWAHL 2021 IN SACHSEN-ANHALT

Im Gespräch mit Eva von Angern, Vorsitzende der Landtagsfraktion DIE LINKE und Spitzenkandidatin zur Landtagswahl.

Sie waren gerade Mitte 20 und noch Studentin, da zogen Sie erstmals in den Landtag ein. Das war im Jahr 2002. Warum wollten Sie in die Politik?

Politisch aktiv war ich schon lange zuvor, allerdings weniger parteipolitisch. Ich habe mich gegen Rechtsextremismus engagiert. Die schrecklichen Vorfälle in Mölln und Rostock-Lichtenhagen haben mich sehr politisiert. 2002 wurde ich dann gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, für die PDS zu kandidieren. Zu dem Zeitpunkt wusste ich nicht, was das wirklich bedeutet, als Abgeordnete zu arbeiten. Ich hatte gerade mein erstes juristisches Staatsexamen in der Tasche, dazu einen zweijährigen Sohn. Als ich dann tatsächlich auf den Listenplatz 13 gewählt wurde, war ich überrascht. Das war ein enormer Vertrauensvorschuss. Und das hat mein Leben völlig durcheinandergebracht. Ich befand mich noch im Referendariat, wollte das Jurastudium unbedingt beenden. Ich weiß noch genau, dass ich damals mit meiner Fraktionsvorsitzenden Petra Sitte gesprochen hatte und sie klar sagte, du machst dein zweites Staatsexamen. Ein Riesenkraftakt, aber ich würde mich immer wieder so entscheiden.

Aus dem Vertrauensvorschuss wurde offensichtlich Vertrauen. Seit Dezember 2020 sind Sie Fraktionschefin. Welche Erwartungen haben Sie an sich selbst und spüren Sie da auch einen inneren Druck? Denn sicherlich sind damit ja auch Hoffnungen verbunden?

Der Druck ist enorm und ist nochmal stärker geworden, als ich Ja zur Spitzenkandidatur gesagt habe. Grundsätzlich bin ich ein ehrgeiziger Mensch, ich möchte aber auch Spaß haben und auf Augenhöhe arbeiten. Und ja, ich möchte auch erfolgreich sein. Insofern kommt der größte Druck von mir selbst. Es gibt aber viele Menschen um mich herum, die mich tatkräftig unterstützen und die mir vertrauen. Da ist ein Geben und Nehmen. Die Herausforderung ist, werde ich meinen eigenen Ansprüchen gerecht und denen Dritter? Ich kenne diesen Charakterzug von mir. Mittlerweile bin ich 44 Jahre alt und habe gelernt, damit umzugehen. Manchmal stelle ich mich ganz entspannt neben mich und sage: Eva, komm mal runter, schau mal, was du geschafft hast und sei einfach mal stolz darauf.



Foto: Bayk Weber

Männliche Abgeordnete werden kaum bis gar nicht befragt, wie sie denn Familie und diesen Politikjob zusammenbekommen. Sie haben drei Kinder. Wie bekommen Sie das hin?

Wir kriegen das hin, weil wir ein wunderbares soziales Umfeld haben: Familie, viele Freunde, gute Nachbarn. Wenn meine Familie nicht gesagt hätte, mach das, hätte ich es nicht getan. Ich habe vor einiger Zeit das Angebot, als Justizministerin in Brandenburg zu arbeiten, wegen meiner Kinder abgelehnt. Bin da auch im Reinen mit mir, diese berufliche Chance nicht genutzt zu haben. Trotzdem bleibt, wenn ich unterwegs bin, immer ein Stück schlechtes Gewissen, dass meine Familie und die Freunde zu kurz kommen.

Das Netzwerk gegen Kinderarmut wurde von Ihnen mitbegründet. Die Pandemie hat jetzt unabwiesbar offengelegt, dass besonders einkommensschwache Familien davon betroffen sind. Wie sehr trifft das auf Sachsen-Anhalt zu und konnten Sie aus der Opposition heraus etwas für die betroffenen Kinder und Eltern tun?

Mich bewegt diese unfassbare Ungerechtigkeit ungemein. In meiner ersten Wahlperiode war Kinder- und Jugendpolitik mein Fachthema. Die Zahlen armer Kinder und Jugendlicher waren damals ähnlich hoch. Im Finanzausschuss konnte ich dann sehen, dass selbst in wirtschaftlich guten Zeiten die fließenden Steuereinnahmen zu keinem Zeitpunkt diesen Kindern und Jugendlichen zugutekamen. Mir wurde klar, da müssen wir überparteilich aktiv werden, und ich bin wirklich stolz darauf, auch in Sachsen-Anhalt ein solches Netzwerk mit auf den Weg

gebracht zu haben. Ich habe da engagierte Partner:innen bei vielen Sozialverbänden, den Gewerkschaften, der SPD, CDU und bei Bündnis 90/Die Grünen gefunden. Besonders gefreut habe ich mich, dass mein Antrag im Landtag, das Kindergeld nicht auf den Hartz-IV-Bezug anzurechnen – dass der tatsächlich von allen demokratischen Fraktionen mitgetragen wurde. So wie der Antrag von mir und meiner Fraktion eingebracht wurde, wurde er auch beschlossen. Es ist manchmal durchaus möglich, auch aus der Opposition heraus erfolgreich zu sein, wenn man ein Thema glaubwürdig vertritt und dranbleibt.

Zukunftsforscher sagen, Zukunft hänge besonders von denen ab, die sie aktiv gestalten. Es müsse mehr über das Morgen als über das Heute nachgedacht werden. Das ist Aufgabe von Politik. Welche Zukunft möchten Sie für Sachsen-Anhalt?

Ich würde mir so sehr wünschen, dass wir irgendwann nicht mehr über das Thema Kinderarmut reden müssen. Ich möchte, dass die Forderung »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« irgendwann überflüssig ist, weil Menschen in Ost und in West und egal ob Mann oder Frau nicht nur das Gleiche für ihre Arbeit verdienen, sondern von ihrer Arbeit auch gut leben können. Wir brauchen eine andere Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Ich erachte gerade in der momentanen Situation mehr Mitspracherecht der Menschen in Sachsen-Anhalt für erforderlich. Ein »Pandemierat«, in dem Landtag, Landesregierung, Wissenschaft und Forschung, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kunst- und Kulturschaffende gemeinsam über den besten Weg aus dieser Krise beraten, wäre ein sinnvolles, notwendiges Gremium. Es reicht nicht, die Maßnahmen von oben nach unten durchzudrücken. Sie müssen verstanden und mitgetragen werden. Diesen Ansatz zu pflegen, mehr miteinander, mehr Solidarität zu wagen, das ist aus meiner Sicht das wichtige Zukunftsthema und dafür tragen wir als LINKE Verantwortung. Das Gespräch führte Gisela Zimmer.

Sachsen-Anhalt hat gesellschaftliche Verschiebungen aushalten müssen. Auch erhebliche nach rechts. Nicht selten aus Frust oder aus dem Gefühl heraus, mit den eigenen Nöten nicht ernst genommen zu werden. Können Sie das verstehen?

Was ich verstehe, sind Unsicherheit und Existenzängste. Mit großer Sorge beobachte ich, dass bis zu 60 Prozent der Jugendlichen Angst vor der Zu-

Monika Hohmann für den Wahlkreis 17

Seit 2011 bin ich Abgeordnete in der Landtagsfraktion DIE LINKE. Dort übernahm ich für verschiedene Politikfelder Verantwortung. Dazu zählten der Kinder- und Jugendbereich, die Bildungspolitik sowie das Engagement im Petitionsausschuss. Die daraus gesammelten vielfältigen Erfahrungen möchte ich auch in die nächste Wahlperiode einbringen. Für mich ist es weiterhin eine Herzensangelegenheit, gegen Ungerechtigkeit, Armut und Benachteiligung zu streiten. Ich weiß, dass dies eine große Herausforderung und allein nicht zu schaffen ist. Deshalb ist es wichtig, gesellschaftliches Engagement und vielfältige Bündnispartner in diesem Prozess einzubeziehen.

Im Kampf gegen Kinderarmut ist es uns bereits gelungen, über 40 Mitstreiter aus Politik und Gesellschaft für ein landesweites Netzwerk zu gewinnen. Aufgabe des Bündnisses ist es, in einem breiten, gesellschaftlichen Konsens tragfähige Konzepte und Handlungsstrategien zur Armutsprävention und -bekämpfung zu entwickeln. Dennoch gibt es noch eine Menge zu tun, um in Sachsen-Anhalt gleichwertige



Lebensverhältnisse für alle Kinder zu schaffen. Durch die derzeitige Pandemie wurde dies noch einmal umso deutlicher sichtbar.

Kinder sind unsere Zukunft! Wir dürfen daher Keinen zurücklassen und Allen die gleichen Chancen geben!

Michael Körtge für den Wahlkreis 15

Seit Jahren bin ich in der Kommunalpolitik tätig und setze mich für unsere Region ein. Ich möchte eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung, das setzt eine funktionierende territoriale Infrastruktur voraus.

Ob es die Schule oder der Kindergarten ist, die Verkaufsstelle im Ort oder die taktmäßige Anbindung auch unserer kleinen Orte an den Personennahverkehr, das sind die Prämissen, die ein Leben auf dem Lande lebenswert machen. Natürlich setzt das auch eine entsprechende Wirtschaftskraft voraus. Die Kommunen müssen finanziell gut aufgestellt sein, und das liegt in der Verantwortung des Landes. Doch in den letzten Jahren werden immer mehr Aufgaben in Richtung Kommunen verschoben, ohne dass diese dafür einen finanziellen Ausgleich bekommen – das gehört abgeschafft! Mittelständische Unternehmen, Handwerksbetriebe, touristische und gastronomische Betriebe werden, gerade jetzt in der Coronapandemie, nur sehr zögerlich unterstützt und leiden bei der Beantragung von zugesagten Hilfen durch Bund und Land zusätzlich



unter den aufgestellten bürokratischen Hürden des Landesverwaltungsamtes. DIE LINKE will ein größeres Selbstbestimmungsrecht der Kommunen, in denen von den Räten und nicht von Verwaltungen bestimmt wird, was an Aufgaben notwendig und auch machbar ist. Dafür will ich mich einsetzen.

Andreas Henke für den Wahlkreis 14



Liebe Wählerinnen und Wähler, seit über 30 Jahren bin ich als aktiver Kommunalpolitiker ein Verfechter für starke Städte und Dörfer, die Heimat und Lebensraum für mehr als 213 000 Menschen im Harzkreis sind.

Kommune heißt Gemeinschaft, in ihnen liegt die Wurzel der Demokratie.

Akteure in den Kommunen – das ist eine Gemeinschaft aus Bürgerinnen und Bürgern, Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Vereinen und Verbänden; sie alle schaffen die Grundlage wirtschaftlicher Entwicklung und des sozialen Zusammenhalts und damit unserer Lebensqualität. Aus meiner Erfahrung als Kommunalpolitiker weiß ich, dass die Kommunen durch die Landes- und Bundespolitik jedoch nicht den Stellenwert bekommen, der ihnen eigentlich zustünde. Es fehlt die Anerkennung der Tatsache, dass die Gemeinden mit ihren Potenzen in Summe erst den Erfolg von Landesentwicklung ausmachen. Sie sind Ausgangspunkt jeglicher Entwicklung! Nur was in den Kommunen erwirtschaftet wird, kann von Bund und Land verteilt werden.

Deshalb stehe ich für eine finanzielle Stärkung und größere Eigenverantwortung der Städte und Dörfer. Erst unter dieser Voraussetzung kann Sachsen-Anhalt positiver als bisher gedeihen.

Ruth Fiedler für den Wahlkreis 16



2016 trat ich der Partei DIE LINKE bei, weil ich nicht mehr teilnahmslos zusehen wollte, wie die soziale Ungleichheit in Deutschland die Gesellschaft immer mehr spaltet. Die herrschende neoliberale Politik führt nicht nur zu immer größerer Ungleichheit und Unzufriedenheit

in der Bevölkerung, sondern sie ist dadurch auch der perfekte Nährboden für rechtes Gedankengut. Dagegen braucht es unbedingt eine Politik der Solidarität, denn sie ist der Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält!

Ich kämpfe deshalb für eine grundlegend soziale Politik, die den Interessen aller Menschen dient, statt nur den Konzernen und einigen Privilegierten. Das Gemeinwohl muss im Vordergrund stehen, ohne Wenn und Aber.

Ich kämpfe aber auch für eine gesunde Umwelt, die nicht aus Profitgier schamlos ausgebeutet wird und die Schäden dann durch die normalen Bürger bezahlt werden müssen. Denn ohne eine gesunde Umwelt ist alles nichts!

Und ich bin Aktivistin gegen Rechts, da die Menschenwürde weder Grenzen noch Nationen kennt.

Mit meiner unbequemen und hartnäckigen Art möchte ich meine Positionen auch auf Landesebene gegen alle Widerstände umsetzen.

Mehr Chancen durch bessere Bildung – für alle und von Anfang an!

Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft – das bestreitet kaum jemand. Doch getan wird dafür seit Jahren viel zu wenig. Die schlimmsten Defizite in unserem Schulsystem sind der Lehrkräftemangel, die fehlende Perspektive für die Schulsozialarbeit, der Stillstand auf dem Weg zu einer inklusiven Schule, die mangelnde Integration von Schüler:innen mit Migrationserfahrungen und nicht zuletzt der Rückstand in der digitalen Ausstattung. Das sind die Folgen von fast 20 Jahren CDU-Regierungen in Sachsen-Anhalt, in denen die Qualität der schulischen Bildung und der Schulabschlüsse immer weiter gesunken ist. Wir wollen das ändern und den Mangel in unseren Schulen beenden.

Während der Zeit der Pandemie wurden durch die teilweise oder vollständige Aussetzung des Präsenzunterrichts viele Schüler:innen in ihrer Entwicklung zusätzlich benachteiligt. Wir wollen die erforderlichen Ressourcen mobilisieren, um diese Nachteile auszugleichen. Durch höhere Investiti-

onen in Bildung wollen wir verhindern, dass der Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen weiterhin so stark von ihrer sozialen Herkunft abhängt.

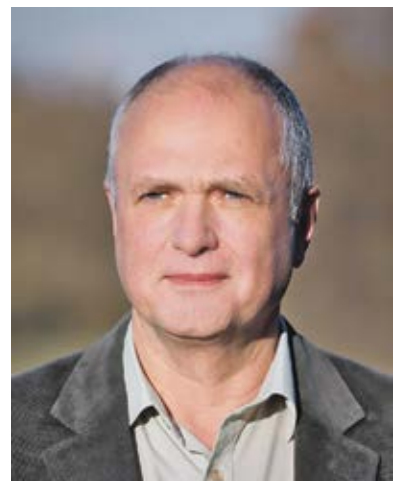
Dazu zählt eine Ausbildungs- und Einstellungsoffensive, um schnellstmöglich bis zu 2 000 zusätzliche Lehrkräfte und bis zu 1 000 zusätzliche pädagogische Mitarbeiter:innen bedarfsgerecht in den Schulen einsetzen zu können. Es gilt aber auch, digitale Lernformen künftig für alle nutzbar zu machen. Dafür sollen die Schulen schneller Glasfaseranschlüsse für ein leistungsfähiges Internet und jede Schülerin und jeder Schüler ein internetfähiges Gerät und einen Internetzugang erhalten.

In den letzten Jahren haben sich die Gemeinschaftsschulen als Schulform für längeres gemeinsames Lernen etabliert, weil hier die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg länger offengehalten wird. Diese Schulform wollen wir wieder stärker fördern. Gemeinschaftsschulen sollen durch

mehr praxisorientiertes Lernen ein polytechnisches Profil herausbilden. Außerdem sollen sie künftig alle schulischen Abschlüsse einschließlich der Fachhochschulreife und des Abiturs anbieten können.

Unsere besondere Unterstützung brauchen vor allem die vielen Schüler:innen, die jedes Jahr unsere Schulen ohne einen regulären Schulabschluss verlassen. Für sie ist es äußerst schwer, später im Leben richtig Fuß zu fassen – für sie und für uns alle werden wichtige Potenziale vergeudet. Wir wollen deshalb durch mehr individuelle Förderung sowie Angebote für »Produktives Lernen« und »Werkstattunterricht« die Möglichkeiten zur Erlangung eines Schulabschlusses verbessern und erweitern.

Bei der Bildung kommt es vor allem auf einen gelingenden Anfang an. Deshalb müssen die Kindertageseinrichtungen noch stärker als Orte frühkindlicher Bildung profiliert werden, wo die Kinder in der Gemeinschaft aufwachsen, sich



Thomas Lippmann

entwickeln und voneinander lernen können. Wir wollen, dass alle Kinder die Tageseinrichtungen wieder uneingeschränkt für täglich 10 Stunden besuchen können und dieser Besuch für die Eltern beitragsfrei ist. Außerdem wollen wir bis zu 3 000 Erzieher:innen zusätzlich einstellen und die Arbeit mit dem bewährten Programm »Bildung elementar« intensivieren.

Sachsen-Anhalt soll sich zu einem Bildungsland mit besseren Chancen für alle entwickeln und das von Anfang an!
Thomas Lippmann

Wer bezahlt die Krise?

Die Landtags- und Bundestagswahl 2021 werden mit ihrem Ausgang eine Frage beantworten, die die Politik der nächsten Jahre dominieren wird. Die Frage lautet: Wer bezahlt die Krise? Hier stehen sich zwei Strategien gegenüber.

DIE LINKE will für gute Schulen, gute Kinderbetreuung, für ein leistungsfähiges staatliches Gesundheitswesen, für eine Rentengarantie und vieles mehr die öffentlichen Haushalte stärken. Dazu braucht es Geld und dieses Geld ist ausreichend in unserer Gesellschaft vorhanden.

Auch und gerade während der Krise wuchsen sowohl international als auch in Deutschland die großen Vermögen weiter stark an, während viele Menschen in unserem Land in existenzielle Bedrängnis gerieten. Diese Entwicklung vollzieht sich aber schon seit vielen Jahren. Der frühere SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte zusammen mit den Grünen eine grundgesetzkonforme Vermögensbesteuerung verhindert. Angela Merkel hat diese Politik zugunsten einiger Tausend Familien in der Bundesrepublik fortgeführt. Und selbst jetzt, in der Corona-Krise, reagiert die CDU auf die Vorschläge, endlich die Superreichen für die Finanzierung der Krise heranzuziehen, allergisch und malt Schreckensgespenster an die Wand. DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich mit den Mächtigen anlegt. Wir for-



dern eine Vermögensabgabe, die über einen Zeitraum von 20 Jahren jährlich zwischen 17 und 34 Milliarden Euro zur Unterstützung der öffentlichen Daseinsfürsorge bereitstellen würde. Übrigens ist diese Idee im Grundsatz nicht neu. Sie ist schon einmal in der Bundesrepublik Deutschland umgesetzt worden, und zwar von dem CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Mit diesem Vorschlag trifft DIE LINKE den Nerv der Menschen in Sachsen-Anhalt. Im September 2020 befragten 62 Prozent der Befragten in unserem Land nach einer von uns beauftragten Umfrage zu Stimmungen und Meinungen im Land eine solche Vermögensabgabe zur Finanzierung

der Kosten der Pandemie, übrigens auch 65 Prozent der befragten CDU-Wähler:innen. Aber ganz gleich ob Vermögensabgabe oder Vermögenssteuer, die direkt in den Landeshaushalt fließen würde, die Besteuerung der großen Vermögen hat auch noch eine andere Funktion. Die starke Konzentration von Geld in den Händen des reichsten Tausendstels in Deutschland hat fatale Auswirkungen auf unsere Gesellschaft insgesamt, denn Konzentration von Geld ist immer auch eine Konzentration von Macht. Macht, die sich politisch nicht kontrollieren lässt, sondern so stark ist, dass gewählte Politiker:innen wie Bettler um die Gunst der Superreichen ringen. So etwas aber macht eine Gesellschaft kaputt und deswegen ist es wichtig, die finanzielle Macht einiger weniger zu beschneiden.

Natürlich kennen wir die Argumente der Gegner:innen einer solchen Vermögensbesteuerung. Sie verbreiten Falschmeldungen und behaupten, dass dann das sprichwörtliche kleine Häuschen von Oma und Opa vom Staat weggenommen werden würde, was natürlich Unsinn ist. Die Vorschläge einer solchen Vermögensbesteuerung gehen von Freibeträgen pro Person von bis zu zwei Millionen Euro aus. Erst ein Vermögen, das darüber liegt, würde überhaupt zur Besteuerung herangezogen werden und jährlich das Vermögen zwischen 0,5 und 2 Prozent belasten. Das gesamte zusätzliche Steuerauf-

kommen würde – je nach Ausgestaltung – zwischen 70 und 93 Prozent von dem reichsten Tausendstel der Bundesrepublik getragen werden.

Natürlich gibt es auch andere Wege, die Kosten der Krise zu finanzieren. Bereits im Januar diesen Jahres hat CDU-Finanzminister Richter gefordert, dass der Haushalt Sachsen-Anhalts für 2022 um etwa 7,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2021 zusammengestrichen werden muss. Berücksichtigt man dabei, dass sich viele Ausgaben gar nicht so schnell senken lassen, bedeutet ein solches Vorhaben ein radikales Zusammenstreichen von vielen Dingen, die uns wichtig sind. Die Kommunen würden noch ärmer werden. Es könnte kein Personal für Schule und Polizei eingestellt werden. Krankenhäuser würden weiter an Private verkauft und damit dem öffentlichen Einfluss entzogen werden.

Das sind die Alternativen, die 2021 zur Wahl stehen. Eine Wahl zwischen LINKE und CDU im Juni in Sachsen-Anhalt und im September bundesweit. Und weil es entscheidend ist, welche dieser beiden Möglichkeiten Realität wird, ist es so wichtig, dass jede:r zur Wahl geht. Noch eine letzte Bemerkung: Im Gegensatz zur LINKEN sagt die AfD nicht, woher sie das Geld für ihre Forderungen nehmen will. Eine Vermögensbesteuerung lehnt sie genauso ab wie die CDU, weil sie sich – auch wie die CDU – mit den wirklich Mächtigen in diesem Land nicht anlegen will.

Neustart nach Corona erfordert neuen Lastenausgleich

Die Corona-Pandemie stellt die Kommunen personell und finanziell vor besondere Herausforderungen, denn sie sind es, die die getroffenen Maßnahmen umzusetzen haben. Sie sind das Rückgrat der Gesellschaft. Die Verwaltung muss trotz weitgehender Arbeit im Homeoffice funktionsfähig gehalten werden und für die Bürger:innen erreichbar sein. Besonders gefordert sind die Gesundheits- und Ordnungsämter, die jedoch weder personell noch finanziell für die bestehende Situation ausgestattet sind. Vielmehr rächt sich jetzt, dass gerade im Gesundheitsbereich über die Jahre Stellen den Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen sind, mit der Folge nunmehr völlig überlasteter Gesundheitsämter. Der Bund hat zwar schnell finanzielle Hilfen für Personal, Digitalisierung und moderne Strukturen im öffentlichen Gesundheitsdienst bereitgestellt, um die Versäumnisse der vergangenen Jahre auszugleichen, wichtig ist aber für die kommunalen Träger auch über 2026 hinaus ein angemessener finanzieller Ausgleich für den Personal- und Sachkostenaufwuchs.

Die Krise zeigt somit im Ergebnis ein Gesundheitssystem, das seit Jahren kaputtgespart wurde, während Profit und Effizienz den Gesundheits- und Pflegebereich bestimmten. Hier hat die Politik versagt. Und auch der enorme Nachholbedarf beim Ausbau der digitalen Infrastruktur ist uns in der Krise vor Augen geführt worden.

Kommunen brauchen eine bessere Finanzausstattung statt neuer finanzieller Hilfen

Die Corona-Krise hat für die kommunalen Haushalte erhebliche Folgen, womit für die Städte und Gemeinden einschneidende Folgen vorprogrammiert sind. So droht nach den pandemiebedingten Schließungen das wirtschaftliche Ende von gastronomischen Einrichtungen und Einzelhandelsgeschäften, was insbesondere in den Innenstädten sichtbar sein wird. Bereits jetzt sind die Steuereinnahmen der Kommunen eingebrochen und die finanziellen Belastungen zum Beispiel durch Mehrausgaben für Hygienemaßnahmen gestiegen. Dieses finanzielle Ungleichgewicht wird auch zukünftig die kommunalen Haushalte bestimmen und die Planungsunsicherheit ist trotz Corona-Konjunkturpaket aus 2020 angesichts der dynamischen Entwicklung in der Krise groß. Die Übernahme der Gewerbesteuerausfälle für 2020 darf deshalb auch kein einmaliger Akt bleiben. Insbesondere die Eigenbetriebe der Kommunen sind betroffen, da sie nicht an den Hilfsprogrammen des Bundes teilhaben dürfen. Die Einnahmeausfälle in den Bereichen Kultur, ÖPNV, Schwimmbäder und Kitas belasten damit die kommunalen Haushalte

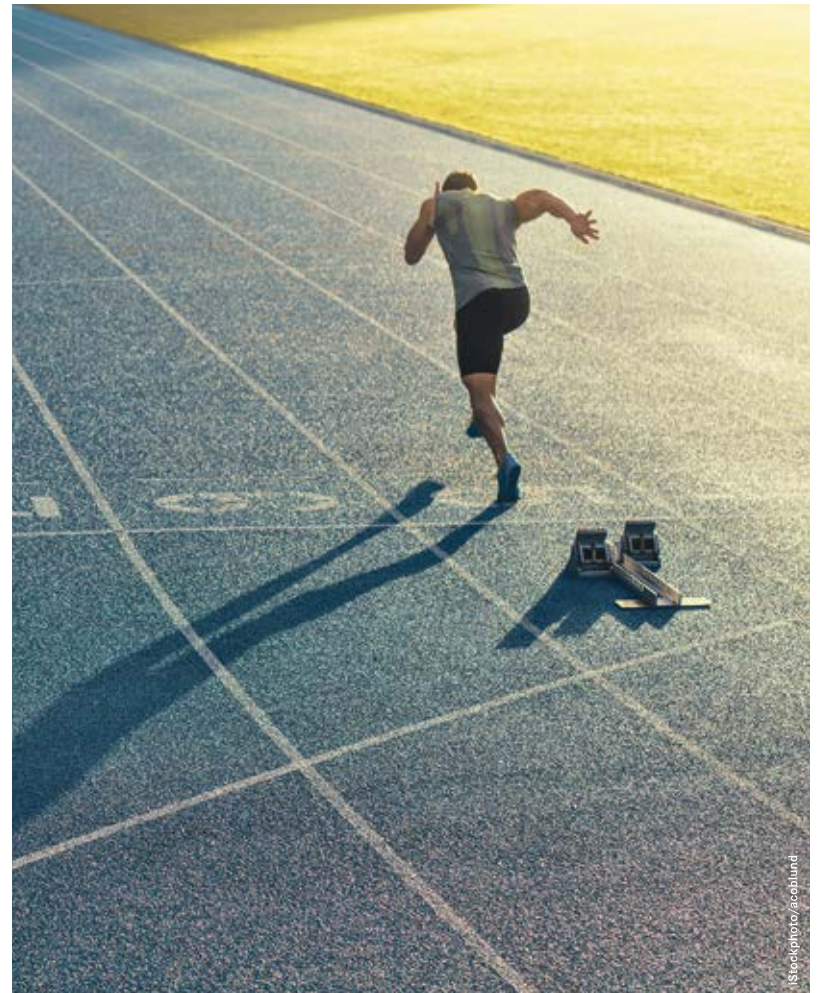
zusätzlich und Liquiditätsengpässe sind hier vorprogrammiert. Die Kommunen werden im Ergebnis all dessen auch für die nächsten Jahre auf zusätzliche Finanzhilfen angewiesen sein. Ohne einen weiteren Rettungsschirm zum Ausgleich von Einkommens- und Gewerbesteuerverlusten werden die Kommunen die notwendigen Investitionen nicht auf den Weg bringen können, die wiederum notwendig sind, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. DIE LINKE fordert bereits seit Jahren eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer, die die Einnahmen der Städte und Gemeinden nachhaltig stärken würde. Ohne eine nachhaltige Verbesserung der Kommunalfinanzen sind Investitionen in kommunales Eigentum dauerhaft auf Hilfen von Bund und Land angewiesen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf – wenn nicht in der Reform der Kommunalfinanzen, dann in Form eines kommunalen Investitionsprogramms.

Altschuldenregelung für Kommunen

Und auch die Altschuldenfrage, die gerade strukturschwächere Kommunen betrifft, ist noch nicht gelöst. Hier ist eine Länderlösung gefragt. Hessen hat mit der Hessenkasse ein eigenes Programm aufgelegt. DIE LINKE hat im Landtag dazu eine Debatte angestoßen, die darauf abzielt, mithilfe der Investitionsbank ein eigenes Programm zur Unterstützung der Kommunen aufzulegen.

Misstände wurden in der Krise deutlich

Vor allem die Schwächsten der Gesellschaft sind von der Corona-Krise stark getroffen worden. Viele Leistungen, insbesondere für Kinder, sind nicht mehr angekommen, da Einrichtungen geschlossen oder Angebote weggefallen sind. So konnten zum Beispiel durch die Schließung von Kitas und Schulen die im Bildungs- und Teilhabepaket vorgesehenen Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben für Kinder oft nicht mehr abgerufen werden, und die Kommunen waren leider nicht



in der Lage, schnell und großzügig Alternativen aufzuzeigen, wie Gutscheine oder Liefermöglichkeiten.

Die Corona-Pandemie hat noch einen weiteren Missstand in der Gesellschaft deutlich gemacht – die Konzeptionslosigkeit im Bildungsbereich. Seit langem redet die Politik von der Digitalisierung im Bildungswesen, doch die Pandemie hat schonungslos aufgezeigt, dass es sowohl an der digitalen Infrastruktur als auch an überzeugenden Konzepten für den Online-Unterricht fehlt. Dabei darf man auch nicht vergessen, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler so gut ausgestattet sind, dass sie von zu Hause aus online unterrichtet werden können. Die Kommunen als Schulträger müssen auch diese Aufgabe stemmen. Dank des Digitalpakts werden in den nächsten Jahren in den Städten und Gemeinden Millionen für die digitale Ausstattung der Schulen ausgegeben. Vernachlässigt werden darf dabei aber nicht, dass damit ein weiterer finanzieller Aufwuchs verbunden ist. Denn es wird weiterhin die Aufgabe der Kommunen und Schulträger sein, Betrieb, Support und Wartung der Technik in den Schulen sicherzustellen.

In jeder Krise liegen bekanntlich auch Chancen, und so hat die Pandemie den Städten und Gemeinden den dringend notwendigen Digitalisierungsschub nolens volens verpasst. Zukünftig werden wohl weniger Büroflächen benö-

tigt und Verkehrsströme werden sich infolgedessen verändern. Die Innenstädte stehen nicht nur aufgrund des Online-Handels vor einem grundlegenden Wandel. All dies wird das Leben in den Kommunen beeinflussen.

Vermögensabgabe gegen Corona-Schulden

Die Corona-Pandemie hat die Staatsschulden anwachsen lassen. Spätestens nach den Bundestagswahlen wird die Frage, wer die Folgen der Corona-Krise bezahlt, beantwortet werden müssen. Ab 2022 soll die Schuldenbremse wieder gelten. Der Staat kann entweder sparen und damit Ausgaben drastisch kürzen oder aber seine Einnahmen – also Steuern – erhöhen. Damit stellt sich die Frage nach einer gerechten Verteilung der Folgekosten. Wir fordern eine mit dem Grundgesetz im Einklang stehende Vermögensabgabe. Diese Abgabe würde einmalig für Milliardäre und Multimillionäre erhoben, soll über 20 Jahre in Raten abbezahlt werden und würde weniger als ein Prozent der Bevölkerung betreffen.

Langfristig kommt niemand daran vorbei, die Frage zu beantworten, wie die Kosten der Krise bewältigt werden sollen und wer damit schlussendlich zur Kasse gebeten wird. Sie als Wähler:in werden dafür bei den Wahlen die Weichen stellen.

Demokratie verteidigen

Auch wenn bei uns inzwischen gewalttätige Rechtsextremisten nahezu aus der Öffentlichkeit verschwunden sind, so ist doch die Gefahr von rechts bei Weitem nicht gebannt. Im Gegenteil, die Demokratie ist bedroht wie lange nicht mehr!

Rechtspopulismus hat den von vielen als abstoßend empfundenen offenen

Rechtsextremismus ersetzt. Rechtes Gedankengut konnte vor allem mit Hilfe der AfD bis in die Mitte der Gesellschaft gelangen. Die fehlende, deutliche Abgrenzung der sogenannten Mitte nach rechts führte zur weiteren Normalisierung rechter Positionen. Das ist auch im Harz deutlich zu sehen. Beispiele dafür sind die Anti-Corona-Proteste in Quedlinburg und

Wernigerode. An beiden Standorten waren die Verantwortlichen von Beginn an nachweislich rechte Akteure, hauptsächlich bekennende Reichsbürger, AfDler und auch Nazis führten die Proteste an. In Chatgruppen machten sie aus ihrer Gesinnung keinen Hehl. Dennoch störten sich viele Teilnehmende ganz offensichtlich nicht daran, mit genau solchen Leuten –

Reichsbürgern, AfDlern und Neonazis – Seit an Seit zu marschieren. Das Schlimmste aber: Die meisten Menschen hielten Gegenproteste für überflüssig.

Ein weiteres Beispiel: In Wienrode hat sich eine völkische Anastasia-Siedlung gegründet. Trotz offenkundig rechtsextremer Ansichten des Leiters und offen völkischer Verklärung empfinden viele Ortsansässige die neuen Mitbürger:innen gar als Bereicherung des Dorflebens und verstehen nicht den Widerstand demokratisch und antifaschistisch geprägter Menschen.

Wegen dieser immer tiefer in die Gesellschaft eindringenden menschen- und demokratiefeindlichen Positionen gründete sich, mit maßgeblicher Unterstützung der LINKEN, das BÜNDNIS BUNTER HARZ. Sein Ziel ist es, zivilgesellschaftliches und überparteiliches Engagement gegen rechte und antidemokratische Bestrebungen zu bündeln und bis in die letzten Winkel des Harzes auf die Straße zu bringen. Wir dürfen den Rechten nicht das Feld überlassen. Antifaschismus bleibt Pflicht!



Kundgebung des Bündnis Bunter Harz gegen die von Rechten dominierten Corona-spaziergänge in Wernigerode vor dem Rathaus.

Daseinsvorsorge im Harzkreis

Der Landkreis Harz gehört zu den größten und wirtschaftsstärksten Kreisen in Sachsen-Anhalt. Als Heimat für über 213 000 Menschen bietet er in seinen Städten und Dörfern eine solide Wirtschaft und ausgesprochen gute Bedingungen zum Wohnen, Arbeiten und Leben.

Doch der Landkreis und seine Gemeinden stehen seit langer Zeit vor großen Herausforderungen, da die Städte und Dörfer von erheblichen Veränderungsprozessen berührt sind wie demographischer Wandel, eine älter werdende Bevölkerung, Abwanderung, Einflüsse der Globalisierung sowie europäischer Binnenmarktgestaltung. Die Kommunen müssen mit ihren Stadt- und Gemeinderäten und Verwaltungen

überaus große Anstrengungen unternehmen, um die Daseinsvorsorge, die umfassende Grundversorgung ihrer Einwohner:innen in ausreichendem und erwartetem Maße garantieren zu können. In vielen Gemeinden haben die seit Jahren nicht ausreichende Finanzzuweisung des Landes sowie die Schuldenlast auf den öffentlichen Haushalten die Handlungsspielräume von Politik und Verwaltung stark begrenzt. Trotz sichtbarer Erfolge bei der Gestaltung von Arbeits- und Lebensräumen ist die Liste noch unerledigter, aber dringend notwendiger Investitionen in die Infrastruktur der Gemeinden sehr lang. Doch dafür fehlt an allen Ecken und Enden das Geld, sei es für die Sanierung von Kitas, Schulen, Straßen oder Fuß- und Radwegen.

All das wird jetzt noch verschärft durch die Abwendung der Pandemie und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft, die Kultur und den Tourismus. Deshalb gilt heute um so mehr die von der Partei DIE LINKE seit langer Zeit erhobene Forderung: Bund und Länder müssen den Kommunen mehr Handlungs- und Finanzspielräume eröffnen. Die tiefgreifende kommunale Haushaltskrise muss ein Ende haben.

Die Kommunen sind mit ihren Planungs-, Leistungs- und Vorsorgeaufgaben nicht nur eine, sondern die entscheidende staatliche Verwaltungsebene, aber gemessen an ihrer Autonomie und Finanzkraft die am schlechtesten ausgestattete Ebene im Staatsgefüge. Kommunale Demo-

kratie, Teilhabe und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger gelingen jedoch nur, wenn tatsächlich Spielräume zum Entscheiden und Verteilen vorhanden sind.

Die Menschen verlieren zusehends Vertrauen in die Politik, in die Demokratie, wenn sie immer nur hören müssen, was nicht geht, wofür kein Geld da ist oder was wieder auf die Warteliste gesetzt werden muss.

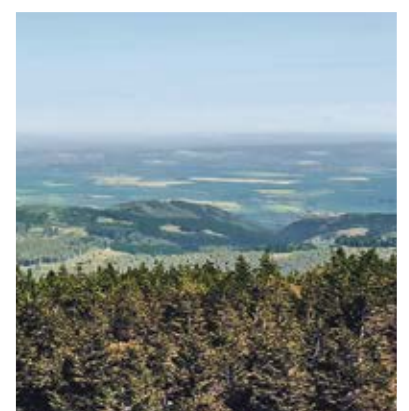
Das wollen wir als LINKE ändern! Die finanzielle Stärkung und eine größere Handlungshoheit der Kommunen hat für uns höchste Priorität. Damit sichern wir langfristig Lebensqualität und vor allen auch gleichwertige Lebensverhältnisse!

Der Harz ohne Wald?

Dürre und Borkenkäfer haben dem Harz-Wald stark zugesetzt. Jetzt bedarf es einem engen Zusammenwirken der körperschaftlichen Waldeigentümer, des Landes, des Bundes und der EU. Da das Waldsterben den gesamten Harz betrifft, ist die Zusammenarbeit mit Niedersachsen gefragt und nicht nur im Nationalpark Harz. Hier wurde in den vergangenen Jahrzehnten die forstwirtschaftliche und touristische Entwicklung unterschätzt. Vielfach lassen sich Entwicklungen nicht rückgängig machen, aber durch Aufarbeitung der Fehlentwicklungen im Harz



ist die Chance gegeben, neue Wege zu beschreiten. Der Umbau des Waldes von der Monokultur zum Mischwald ist notwendig, hier kommt dem Landesforstbetrieb eine besondere Rolle zu. Forstbetriebsgemeinschaften müssen besser durch Förderprogramme unterstützt werden, um den neuen Bedingungen aufgrund des Klimawandels Rechnung zu tragen. Anders als in den vergangenen Jahren ist die gewachsene Anzahl der Aufgaben nur durch mehr Manpower zu bewältigen und der Einsicht den Harz als ganzheitliche Region zu sehen.



Für einen öffentlichen Klinikverbund kommunaler Krankenhäuser

Eine Lehre aus der Corona-Pandemie steht aus unserer Sicht schon fest: Das Gesundheitssystem muss wieder auf einer stabilen Basis stehen. Konzerne kaufen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen – diese Entwicklung hat in Sachsen-Anhalt enorm zugenommen mit fatalen Folgen. Um darüber miteinander ins Gespräch zu kommen, trafen sich Holger Waack, Oberarzt in Aschersleben und Betriebsrat in der dortigen Ameos-Klinik, und der LINKEN-Politiker Gregor Gysi.

Gysi: Herr Oberarzt, ich beobachte schon lange, dass sich Ameos als Privatkonzern gerade in Sachsen-Anhalt an den ehemaligen Kreiskrankenhäusern massiv bedient, um mit der Krankenversorgung Gewinne zu maximieren. In Ihrem Krankenhaus werden die Beschäftigten unterdurchschnittlich bezahlt. Von 600 Euro weniger als in öffentlichen Kliniken ist dort die Rede. Tarifverhandlungen lehnt das Unternehmen ab. Noch schlimmer, Sie als Betriebsrat sollten zwischenzeitlich aus der Klinik geworfen werden.

Waack: Ja, das stimmt. Ich habe mich allerdings erfolgreich gegen diese Maßnahmen gewehrt und werde wei-

terhin für faire Löhne streiten. Die Gehaltsunterschiede zwischen privaten und öffentlichen Krankenhäusern sowie in Ost und West sind eklatant. Abwanderung ist die Folge. Deshalb ist der Arbeitskampf der Beschäftigten für einen Tarifvertrag so wichtig. Ameos, mittlerweile an zehn Standorten in Sachsen-Anhalt präsent, zeigt, wie wichtig es ist, künftige Privatisierungen konsequent zu verhindern.

Gysi: Mit einer Privatisierung steigt der eh schon starke Druck des wirtschaftlichen Handelns in den Kliniken weiter an. Die Privatisierung hat immer zum Ziel, Gewinn zu machen und zu steigern und Kosten niedrig zu halten. Fließt kein Gewinn mehr, werden die Häuser geschlossen. Die Krankenhäuser sind durch die politischen Rahmenbedingungen zu Rendite-Objekten geworden statt zu Orten der Gesundheitsversorgung.

Waack: Genau. Und durch die Prämisse der Gewinnmaximierung verkommt bei vielen privaten Klinikbetreibern die Gesundheitsleistung am Patient zur Ware. Das Personal wird ausgedünnt und schlecht bezahlt. Ameos selbst wirbt Fachkräfte aus den benachbar-



ten EU-Ländern an, um den Weggang langjähriger Kolleginnen und Kollegen zu kompensieren. Dann wird argumentiert, der Weggang von Fachkräften entspräche der natürlichen Fluktuation. Die Klinik-Kette Ameos stand aus meiner Sicht bislang für Tariffucht, für ungleiche Gehälter bei gleicher Arbeit.

Gysi: Die Pandemie hat noch einmal sehr deutlich gezeigt: In einem Krankenhaus muss man sich vornehmlich um Gesundheit kümmern, nicht um Profite. Dafür braucht die Gesundheitsversorgung eine stabile Finanzierung durch die öffentliche Hand sowie eine klare politische Zuständigkeit, um private Klinikbesitzer wenigstens zu prüfen.

Waack: Wir brauchen eine Tarifbindung für alle an der klinischen Patientenversorgung Beteiligten. Das schließt Pflegekräfte und ärztliches, aber auch nicht medizinisch tätiges Personal ein. Die Löhne müssen sich an denen des öffentlichen Dienstes orientieren. Die Beschäftigten brauchen finanzielle Sicherheit, um sich gut um Patienten kümmern zu können.

Gysi: Ja, Tarifverträge wären wichtig. Aber sie fallen nun einmal nicht vom Himmel. Das Pflegepersonal muss in die Gewerkschaften zurückkehren, dazu gehören im Übrigen auch die Ärzte. Woran liegt es eigentlich, dass sie sich oftmals den Streiks oder kollektiven Tarifverhandlungen entziehen?

Waack: Die privaten Kliniken wollen die Mitbestimmung des Personals verhindern. Die Beteiligung der Ärzteschaft an den Streiks zu Jahresbeginn 2020 ließ auch in Aschersleben sehr zu wünschen übrig. Viele Ärztinnen und Ärzte werden außertariflich bezahlt, was dazu führt, dass die Solidarität unter den Ärzten und zwischen den Be-

rufungsgruppen immer weiter abnimmt. Leider denken viele nur an sich statt an die gesamte Belegschaft.

Gysi: Als wenn das alles nicht schon schlimm genug sei, gab es im Pandemie-Jahr 2020 sogar Schließungen von Kliniken. Und das in einer äußerst belastenden Situation für das Gesundheitssystem und alle Menschen. Die durch die Krise hervorgerufenen Mehrkosten im Gesundheitsbereich sollen, so ein Vorschlag des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn, die öffentlichen Krankenversicherungen zahlen und damit jeder einzelne Beitragszahler – das heißt am Ende wieder weniger Netto vom Brutto statt Tarifverträge und Krisenzuschlag.

Waack: Ich bin sehr traurig darüber. Wir als Betriebsräte sind gut vernetzt untereinander und waren bestürzt, als im letzten Jahr in Havelberg das einzige Krankenhaus vollständig geschlossen wurde. Der private Investor sah es vermutlich als lukrativer an, die medizinische Versorgung zugunsten von Pflegeeinrichtungen aufzugeben. Solche Managemententscheidungen im Gesundheitswesen haben, nicht nur in Sachsen-Anhalt, krankenhaushfreie Regionen zur Folge.

Gysi: Der Artikel 2 des Grundgesetzes steht für den Schutz der psychischen und physischen Gesundheit eines jeden Menschen ein. Von einer Zweiklassen-Gesellschaft bei der Gesundheitsversorgung ist dort keine Rede. Gleiche Arbeit muss auch gleich bezahlt werden, egal ob als Angestellte im privaten Unternehmen oder öffentlichen Dienst. Die Kette der Unruhen unter dem Klinikpersonal in Sachsen-Anhalt muss mit zeitgemäßer, an Tarife gebundener Bezahlung beantwortet werden. Das Outsourcing muss ebenfalls beendet werden.



Bildung als Motor für die Zukunft

Die Herausforderungen im Bildungsbereich, vor denen wir in den nächsten Jahren auch in unserem Landkreis stehen, werden enorm sein. Zwei Jahrzehnte CDU-Regierung haben ihre bildungspolitische Spur hinterlassen. Massiver Lehrkräftemangel, rückständige digitale Ausstattung an den Schulen, Stillstand auf dem Weg zu einer inklusiven Schule, bundesweit eines der Länder mit der höchsten Anzahl von Schüler:innen, die ohne Schulabschluss sind, sowie landesweite Schulschließungen pflastern diesen Weg. Eine weitere große Aufgabe, die vor uns steht und deren Folgen wir zurzeit noch gar nicht abschätzen können, sind die Auswirkungen der Pandemie. Durch zeitweiliges Aussetzen des Präsenzunterrichts in den Schulen während des ersten und zweiten Lockdowns sowie entsprechender Quarantäneanordnungen und Umstellung auf Homeschooling während dieser Zeit wurden viele Schüler:innen in ihrer Entwicklung zusätzlich benachteiligt. Deshalb braucht es mehr denn je ein aktives Gegensteuern, damit die soziale Schere in unserem Bildungssystem, d. h. dass der Lernerfolg stark von der finanziellen Situation im Elternhaus abhängt, nicht noch weiter auseinandergeht.

Als LINKE haben wir uns diesbezüglich auf den unterschiedlichsten Ebenen engagiert, um endlich ein Umdenken der Verantwortlichen zu erreichen. Zu nennen ist da die Volksinitiative und das Volksbegehren »Den Mangel beenden – Unseren Kindern Zukunft geben!« Gemeinsam mit vielen gesellschaftlichen Akteuren konnten wir für das wichtige Thema, der Personalausstattung an den Schulen, sensibilisieren und ein Zeichen setzen. Hieran wollen wir auch nach der Wahl weiterarbeiten.

Ebenfalls möchten wir die Schulträger und Schulen vor Ort stärken. Mit einer Erhöhung der Schulbudgets sowie eigenständiger Schulnetzplanung soll mehr Eigenverantwortlichkeit bei Schulen und Schulträgern erreicht werden. So wollen wir für Gemeinden und Landkreise durch Modellversuche die Möglichkeit eröffnen, im Rahmen vorgegebener Stellenkontingente den Lehrkräftebedarf für ihre Schulen selbst zu planen. Damit möchten wir erreichen, dass zukünftig Schulschließungen, wie beim Gymnasium in Thale geschehen, nicht mehr notwendig sind.

Zu einer qualitativ guten Unterrichtsversorgung mit auseichend Lehrkräf-



ten gehört auch der verstärkte Einsatz von Schulsozialarbeiter:innen an unseren Schulen sowie deren dauerhafte Finanzierung. Auch möchten wir die Horte, als wesentlichen Bestandteil des ganztägigen Lernens, wieder zurück in die Verantwortung der Schulen übertragen und dabei die derzeitige Trägervielfalt beibehalten.

Liebe Leser:innen, der derzeitige Zustand in unserem Bildungssystem ist nicht mehr hinnehmbar. Bildungsgerechtigkeit sieht anders aus. Wir wollen diese Situation ändern, die erforderlichen Ressourcen mobilisieren und somit endlich Chancengleichheit herstellen. Denn: »Kinder sind unsere Zukunft!«

Marco Kiontke aus Aschersleben

Mein Name ist Marco Kiontke, ich bin 44 Jahre alt und zusammen mit meiner Lebenspartnerin habe ich zwei tolle Kinder. Ich bin Krankenpfleger aus Leidenschaft und arbeite seit 2003 am Universitätsklinikum Magdeburg. Neben meiner Arbeit als Stationsleiter umfasst mein Aufgabengebiet am Klinikum auch die Ausbildung zukünftiger Pflegefachkräfte. In einer Zeit, in der viel über den Personalmangel in dieser Berufsgruppe geschrieben und gesprochen wird, leiste ich meinen Beitrag dazu, dass sich diese Situation zukünftig zum Besseren wendet. Aber auch an den Arbeitsbedingungen für Pflegerinnen und Pfleger gilt es noch einiges zu verbessern. Darum engagiere ich mich auch im Landespflegerat Sachsen-Anhalt, um die Ausbildung und die Rahmenbedingungen für Pflegekräfte zu verbessern und so zu einer qualitativ hochwertigen Pflege im Land beizutragen. Denn nur so kann es uns gemeinsam gelingen, Pflegeberufe attraktiver zu gestalten, sodass sich auch mehr junge Menschen für diesen anstrengenden, aber sehr schönen Beruf entscheiden.



nig Stolz auf die vielen Jahre als Vorsitzender des Schul- und Gemeindevorstandes in der Stadt Aschersleben zurück. Die unterschiedlichen Aufgaben und der Kontakt mit inspirierenden Menschen, welche mir in dieser Zeit begegnet sind, haben dieses Amt zu etwas Besonderem gemacht. Gerne erinnere ich mich an gemeinsame Erfolge, seien es die Umsetzung der Elternvariante bei den Kosten für Kita-Beiträge oder die Umsetzung der dezentralen Schuleingangsuntersuchung im Salzlandkreis. Seit 2019 engagiere ich mich nun als Stadtrat in der Fraktion DIE LINKE für die Menschen vor Ort. Noch immer habe ich einen Blick auf Kitas und Schulen in unserer Stadt, aber die Unterstützung der örtlichen

Feuerwehr und die Stärkung des kommunalen Einzelhandels für eine lebendige Stadt Aschersleben sind mir ebenso wichtig.

Aufgrund meiner bisherigen beruflichen Erfahrungen möchte ich mich in meiner zukünftigen Arbeit im Landtag auf zwei thematische Schwerpunkte konzentrieren: Fragen rund um die Pflege genießen momentan einen hohen Stellenwert. Aus meiner Sicht kann der weitere Weg nur über die Schaffung einer unabhängigen Pflegekammer führen. Nur auf diesem Wege können die Weichen für eine zukunftsfähige Ausgestaltung der Arbeit in der Pflege gestellt werden. Und nur mit einer personellen, finanziellen und inhaltlichen Stärkung der Pflege wird die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Sachsen-Anhalt zu gewährleisten sein.

Die Bildung in Sachsen-Anhalt muss endlich einen höheren Stellenwert erhalten. Das bedeutet vor allem, den Bedarf an Lehrer:innen zu decken, denn bei Bildungsfragen geht es immer auch um Zukunftsfragen des Landes. Daher bedarf es einer angemessenen personellen, finanziellen und sächlichen Ausstattung, hier vor allem der IT-Ausstattung. Es muss unser Ziel sein, in Sachsen-Anhalt eine für Eltern beitragsfreie Kinderbetreuung

zu finanzieren, damit sich niemand aus finanziellen Gründen gegen ein Kind entscheiden muss.

Marco Kiontke

Impressum

Wahlzeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2021
Herausgeberin:
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
Landesgeschäftsführerin
Sabine Krems-Jany (V.i.S.d.P.)
in Zusammenarbeit mit dem
Kreisverband Harz
Erscheinungstermin: April 2021
Auflage: 115 000 Exemplare
kontakt@dielinke-lsa.de
www.dielinke-sachsen-anhalt.de



Die Nutzungsrechte nicht gekennzeichnete Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.
Layout und Satz:
DiG / Plus GmbH
Druck: Berliner Zeitungsdruck